

Wissenschaft, Moral und Demokratie

Zur Genealogie neuer Krisen



Foto: David Ausserhofer

Dr. Wolfgang Merkel, Professor am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB); Gastprofessor der Hertie School of Governance, Berlin; Senior Fellow am Democracy Institute der CEU, Budapest

Man mag es kaum mehr hören, noch weniger schreiben: »Die« Demokratie steht vor großen Herausforderungen, steckt in Turbulenzen, offenbart ihre Verwundbarkeit, gerät unter Stress. Sie verliert an Zuspruch, driftet, schifft, leidet. Krisenliteratur überschwemmt den akademischen Buchmarkt, die Feuilletons zumal. Dennoch wird noch wenig ein Problem reflektiert, das sich in den »neuen Krisen« des 21. Jahrhunderts geradezu aufdrängt: Wie verändert sich der Zusammenhang von Wissenschaft, Moral und Demokratie? Vielen erscheint es heikel, die wechselseitigen Gefährdungen herauszuarbeiten oder auch nur zu nennen. Das Gelände ist vermint. Kulturwächter*innen achten auf Sprache, Argumente, Schlussfolgerungen. Vielleicht muss das in einer diskursfreudigen offenen Gesellschaft so sein. Muss es das? Ich will die Frage etwas grundsätzlicher angehen und fragen: Inwieweit unterstützen oder begrenzen eigentlich Wissenschaft und Moral die Prinzipien, Verfahren und Politikergebnisse der Demokratie?

Seit fünf Jahren sind wir Zeug*innen, Akteur*innen und Betroffene dreier Krisen, die sich von jenen des Zwanzigsten Jahrhunderts unterscheiden: der Migrationskrise, der Corona Pandemie und der schon länger schwelenden Klimakrise. Diese Krisen sind global, ungelöst, werfen moralische Fragen auf, weisen der Wissenschaft eine neue Rolle zu und führen zu weiterer Verschärfung der Polarisierung in Diskurs, Gesellschaft und Politik. Die neuen Krisen hinterlassen problematische Codierungen in der DNA der Demokratie. Sie verändern das Verhalten der politischen Entscheidungseliten und der Bürger*innen, sie moralisieren Konflikte in der Gesellschaft, kulturalisieren sie; sie ändern Rechtsnormen zugunsten der Exekutive und beschleunigen die Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen. Der grundlegende Legitimationsmodus der Demokratie verschiebt sich von der Bürgerbeteiligung (input) und den parlamentarischen Entscheidungsverfahren (throughput) hin zum output, also den Politikergebnissen. »Wichtig ist was hinten herauskommt« hat dies der langjährige Bundeskanzler Helmut Kohl genannt.

Dies widerspricht dem konstitutionellen Imperativ, dass in der Demokratie die Institutionen und Verfahren a priori feststehen, ihre Ergebnisse jedoch kontingent sind. In einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft darf aber kein, von wem auch immer definiertes, »richtiges« Ergebnis die Entscheidungsverfahren nach dem gewünschten Ergebnis modellieren. Aber geschieht nicht gerade dies und droht zur Blaupause der Zukunft zu werden?

Wissenschaft

Und hier kommt die Wissenschaft ins Spiel. In der Klimakrise und der Corona Pandemie erklären führende Wissenschaftler*innen, ab welchen Erwärmungszuwächsen oder Neuinfektionen klimatische oder epidemiologische Kippunkte ausgelöst werden. Die gebotene Vermeidung solcher nicht mehr steuerbaren kaskadierenden Punkte setzt die Politik unter Zeitdruck. Unbestreitbar ist: Die politischen Entscheidungseliten haben die Wissenschaften (Plural) anzuhören, mit aller Sorgfalt und Ernsthaftigkeit. »Evidence based policy making« nennt das die Politikforschung. Doch zuhören genügt nicht. Die Politik muss handeln, rasch. »Science has told you« schallt es aus den Reihen von Fridays for Future. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssten endlich umgesetzt werden. Aber dürfen Parlamente und Regierungen »der« Wissenschaft einfach nur folgen? Nein, natürlich nicht. Die Demokratie und ihre Entscheidungsverfahren sind mehr als bloße Exekutiv Ausschüsse zur Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Sie müssen konkurrierende Interessen und Politikziele gegeneinander abwägen, Kosten und Gewinne ihrer Politik fair verteilen. Zudem – »Die Wissenschaft« gibt es nicht. Die Wissenschaften gibt es nur im Plural und im Wettbewerb. Den allermeisten Wissenschaftler*innen ist das bewusst. Ihnen ist klar, dass sie zwar professionell der »Wahrheit« verpflichtet, ihre Ergebnisse aber fehl- und revidierbar sind. Karl. R. Popper schreibt: »...das Kriterium des wissenschaftlichen Status ist Falsifizierbarkeit, Widerlegbarkeit und Testbarkeit«. Wissenschaftliche »Fakten« sind wissenschaftlich bestreitbar und haben in der Regel eine Verfallszeit.

Dies ist keine Zurückweisung der wichtigen Rolle der Wissenschaften gerade in komplexen Krisen. Aber aus Fakten allein folgt keine Politik. »Was getan werden soll«, formuliert der Philosoph Richard Rorty, »muss in der Demokratie geschehen«. Und, so sekundiert der amerikanische Philosoph dem österreichisch-englischen Wissenschaftstheoretiker fast augenzwinkernd: »... an der Wissenschaft ist eigentlich nichts auszusetzen«, wohl aber an dem »Versuch sie zu vergöttern«. Wahrheit ist kein Legitimationsmodus der Demokratie. Die repräsentative Demokratie lässt sich nicht durch ein epistemisches Regime ersetzen. Allgemein gültige Entscheidungen müssen in der Demokratie durch die Schleuse des Parlaments, wollen sie legitimer Weise die Folgebereitschaft der Bürger*innen verlangen. Dies ist eine klare Absage an die Sehnsucht nach der Wissenschaft als neuem Philosophenkönig, der sittlich wie kognitiv auf der Höhe der Probleme am besten durchregiert. Es ist zugleich eine Absage an die szientistische Sehnsucht nach dem Ende des Politischen.

Moral

Gleichzeitig und im Gegensatz zu einer solch epistemisch-technokratischen Entpolitisierung kommt es gegenwärtig in fast allen westlichen Gesellschaften zu einer Repolitisierung des Politischen. Von ein- und denselben Personen, die die Verwissenschaftlichung der Politik einfordern, wird häufig auch die Moralisierung der Politik betrieben. Über eine nicht selten selbst verfertigte Moral wird in alle drei Krisen ein binärer Code der moralischen Beurteilung politischer Handlungsalternativen eingebracht. Dann heißt es: Lüge oder Wahrheit, Moral oder Unmoral, Vernunft oder Verschwörungphantasie. Menschen, die nicht an die Dringlichkeit der selbstgemachten Klimakrise glauben, die tödlichen Risiken von Covid-19 verneinen oder die Migrationskrise nicht als humanitäre Aufgabe betrachten, werden nicht nur mit Recht der Unvernunft geziehen, sondern moralisierend als Klima- und Corona-Leugner oder inhumane Fremdenfeinde ausgegrenzt. Wo Moral zur selbstgerechten Moralisierung wird, schließt sie aus und verkehrt ihre eigenen Konstituenzen.

Feinde

Die moralische Neucodierung politischer Konflikte verwandelt Gegner*innen in Feinde. Sie teilt die Gesellschaft in Lager. Die Kluft dazwischen ist tief. Brücken werden abgerissen. Es geht nicht mehr um Inklusion, sondern um Exklusion, nicht um Verständigung, sondern um Entlarvung. Es ist schwer, die Ursprünge dieser Kulturalisierung der Politik als deren strikt kausale Treiber dingfest zu machen. Deutlich ist: Auf der einen Seite der Gesellschaft finden sich Traditionalisten, Nationalstaatsbefürworter, Verunsicherte, aber auch Chauvinisten, Nationalisten und Populisten zusammen. Sie einigt keine verbindende Ideologie, sie fühlen sich aber von Medien, öffentlichen Diskursen und politischen Entscheidungen an den Rand der

Gesellschaft gedrängt. Soziologisch sind sie meist in der unteren Bildungs- und Einkommenshälfte der Sozialstruktur gefangen. Aus ihrer sozialen wie ökonomischen Unterlegenheit suchen sie Halt und Identität im Hergebrachten, in der Nation, aber auch im Nationalismus.

Auf der anderen Seite stehen die Gewinner*innen der globalisierten Gesellschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte. Sie gehören zur oberen Bildungs- und Einkommenshälfte der Gesellschaft. Ihre Werte und Lebensstile wurzeln nicht mehr in Nation und Tradition. An materieller Umverteilung sind sie rationaler Weise kaum interessiert. Ihre Fortschrittlichkeit drücken sie im Postmateriellen und einer posttraditionalen, kosmopolitischen Wert- und Lebenshaltung aus. Sie sind die Stichwortgeber gesellschaftlicher Diskurse. Nicht zu Unrecht halten sie ihre Werte wie die Gleichheit der Geschlechter oder ›Racial Equality‹, Ethnien oder homo- und heterosexueller Präferenzen für universell gültig. An diesem Punkt rationalisiert sich ihre Moral zur unverhandelbaren Ethik. Andere oder gar konträre Moralvorstellungen sind dann nicht mehr zu rechtfertigen.

Identität

Zur Absicherung der kosmopolitischen Identität wurde auch die Sprache einer Revision unterzogen. Diese zu verweigern führt zum Ausschluss aus dem progressiven Lager. Symbolisches Abweisen des Außen festigt die Identität im Innern. Dazu gehören Sprache, Lebenswelt und Lebensstil. Damit vollzieht die kosmopolitisch-liberale Linke den Schritt ins Identitäre. Rechts-Identitäre und Links-Identitäre wollen nicht mit einander reden, nicht diskutieren oder deliberieren. Ihre Positionen sind für das jeweils andere Lager unkommunizierbar. Zwischen beiden Lagern liegt nicht etwa ein Niemandsland. Die Gruppe der »Blockfreien« ist in Deutschland unvergleichlich größer als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dennoch vollzieht sich auch bei uns ein Prozess, der jenseits des Atlantiks weit fortgeschritten ist: Politische Opponenten verwandeln sich in Feinde. Als würde Carl Schmitt Regie führen, gewinnt die Freund – Feind Beziehung als vermeintlicher Kern des Politischen zusehends Raum.

Politische Werte, Moral und Wissenschaft sollen keineswegs aus dem politischen Diskurs verschwinden. Andernfalls würden unsere Debatten und die Suche nach demokratischen Lösungen aus der Krisensignatur unserer Epoche in Ignoranz und der Beliebigkeit der poststrukturalistischen Nachmoderne aufgehen. Kosmopoliten sollten ihren diskursiven Hochmut ablegen, das Identitäre abstreifen, terminologisch abrüsten, mit Gelassenheit auf die Überlegenheit ihrer Werte vertrauen. Moral hat immer auch eine diskursive Verantwortung. Sie heißt Verständigung, nicht Exklusion. ■